



AGRARPOLITIK GLOBAL DENKEN – AGRARSTANDORT DEUTSCHLAND FÖRDERN!

DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND IST WELTWEIT FÜHREND. DIES GILT NICHT NUR FÜR DIE EFFIZIENZ DER PRODUKTION, SONDERN AUCH FÜR DIE DABEI EINZUHALTENDEN STANDARDS. DEUTSCHLAND IST EIN ABSOLUTER GUNSTSTANDORT FÜR DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION. FRUCHTBARE BÖDEN, GEMÄßIGTES KLIMA UND AUSREICHEND NIEDERSCHLÄGE BILDEN IN VERBINDUNG MIT HÖCHSTEM NIVEAU IN AUSBILDUNG, TECHNISIERUNG UND DIGITALISIERUNG PERFEKTE RAHMENBEDINGUNGEN. MIT BLICK AUF DIE NACHHALTIGKEIT DER ERZEUGUNG HOCHWERTIGER UND SICHERER LEBENSMITTEL NEHMEN DIE HEIMISCHEN BETRIEBE BEI SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN ASPEKTEN EINE GLOBALE SPITZENPOSITION EIN. NAHRUNGSMITTEL, DIE HIER PRODUZIERT WERDEN, SIND EIN AKTIVER BEITRAG ZUM KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ. DIESER STATUS IST ABER DURCH AKTUELLE POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN GEFÄHRDET. DIE ÖKONOMISCHE DIMENSION DER NACHHALTIGKEIT HAT DER GESETZGEBER IN JÜNGSTER VERGANGENHEIT IMMER MEHR AUS DEN AUGEN VERLOREN. DIES FÜHRT ZU EINEM BESCHLEUNIGTEN STRUKTURWANDEL UND EINER STEIGENDEN ABWANDERUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHER PRODUKTION INS AUSLAND.

DIE 31. ORDENTLICHE DELEGIERTENTAGUNG DES BAUERN- UND WINZERVERBANDES RHEINLAND-PFALZ SÜD E.V. FORDERT DAHER DIE VERANTWORTLICHEN ALLER POLITISCHEN EBENEN AUF, DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND ZUKUNFTSFÄHIG WEITERZUENTWICKELN.

GAP PRAXISGERECHT UND WIRKSAM AUSGESTALTEN. Die nationale Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2023 muss bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Trotzdem sind noch viele entscheidende Punkte offen. Insbesondere bei den neuen Öko-Regelungen (Eco-Schemes) der 1. Säule bestehen noch erhebliche Defizite. Sowohl die inhaltlichen Vorschriften, als auch die finanzielle Honorierung dieser Umweltleistungen sind absolut mangelhaft. Die Landwirte und Winzer sind bereit, sich im Bereich Biodiversität und Artenschutz noch stärker zu engagieren. Damit die GAP-Reform aber die gewünschte Wirkung erzielt, muss es eine praxisgerechte, unbürokratische Umsetzung und gesicherte, attraktive Prämien geben, die über reinen Kostenausgleich hinausgehen. Darüber hinaus brauchen die Betriebe schnellstmöglich Klarheit über die neuen Vorgaben, um rechtzeitig mit ihrer Anbauplanung beginnen zu können.

KOOPERATION STATT VERBOTE BEIM INSEKTENSCHUTZ. Das Insektenschutzpaket der Bundesregierung führt zu erheblichen Einschränkungen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten Schutzgebieten. Pauschale Verbote sind aber nicht zielführend für den Insektenschutz. Das Land sollte daher die Möglichkeiten für Ausnahmen von den Bundesregelungen nutzen und den kooperativen Ansatz aktiv unterstützen. Schon im Frühjahr haben die rheinland-pfälzischen Landwirtschafts- und Naturschutzverbände den „Schulterschluss Artenvielfalt“ ausgerufen, um gemeinsam wirksame und ökonomisch tragfähige Maßnahmen für den Insektenschutz auf den Weg zu bringen. Die Landesregierung muss nun dringend in diesem Sinne handeln, um den betroffenen Betrieben eine langfristige Perspektive zu bieten.

MINDESTLOHNERHÖHUNG BRAUCHT FLANKIERENDE MAßNAHMEN. Bei einer sprunghaften Erhöhung des Mindestlohns auf 12 EUR pro Stunde muss die zukünftige Bundesregierung ein Konzept vorlegen, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft abgesichert werden kann. Die zusätzliche Kostensteigerung bei arbeitsintensiven landwirtschaftlichen Kulturen werde dazu führen, dass die Erzeugung ins Ausland abwandert, sollte nicht gegengesteuert werden. Eine reine Erhöhung des Mindestlohns ohne flankierende Maßnahmen würde zwangsläufig dazu führen, dass viele Gemüse- und Obstsorten nicht mehr konkurrenzfähig in Deutschland angebaut werden können.

GEMEINSAMER BINNENMARKT – GEMEINSAME STANDARDS. In einem gemeinsamen Binnenmarkt mit freiem Warenverkehr führen unterschiedliche Produktionsstandards zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Eine Eins-zu-eins-Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben in nationales Recht ist daher unabdingbar. Sollten durch höhere nationale Vorgaben Benachteiligungen für die hier produzierenden Betriebe entstehen, sind diese verbindlich auszugleichen. Im Hinblick darauf verbietet sich auch die aktuelle Diskussion über die Abschaffung der Agrardieselvergütung, da sie einen Ausgleich mit Blick auf deutlich niedrigere Steuersätze in anderen EU-Staaten darstellt.

DÜNGEVERORDNUNG VERURSACHERGERECHT GESTALTEN. Die aktuelle Kritik der Europäischen Kommission an der Ausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete in Deutschland ist in keinsten Weise nachvollziehbar. Mit erheblichem Aufwand haben die Bundesländer Nährstoffmodellierungen durchgeführt, um eine verursachergerechte Ausweisung zu gewährleisten. Diese sinnvolle Vorgehensweise darf jetzt nicht wieder in Frage gestellt werden. Trotzdem ist das rheinland-pfälzische Nitratmessnetz vorsorglich schnellstmöglich auszuweiten, um eine differenzierte Ausweisung auch dann durchführen zu können, falls die aktuelle Modellierung seitens der EU nicht akzeptiert würde.

BERATUNG IM SINNE DER BETRIEBE STÄRKEN. Um die produktionstechnischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, sind die Betriebe auf eine gut ausgestattete Officialberatung in Rheinland-Pfalz angewiesen. Die personellen Kapazitäten an den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sind daher aufzustocken. Digitale Angebote können die persönliche Beratung nicht ersetzen. Die Ausweitung geförderter Beratung durch externe Beratungsanbieter stellt keine adäquate Alternative für die Officialberatung dar.

VIEHHALTUNG IM LAND ERHALTEN. In Rheinland-Pfalz gibt es die Viehhaltung, die sich Politik und Gesellschaft wünschen. Kleinstrukturiert, flächengebunden und familiengeführt. Jede neue Auflage, aber auch die zu hohen Kosten für Fleischbeschau und Tierkörperbeseitigung im Land, führen zu Betriebsaufgaben und die Viehhaltung verlagert sich weiter in die viehintensiven Gebiete oder ins Ausland. Die Landesregierung muss die Viehhalter im Land endlich aktiv unterstützen, bevor es zu spät ist!

BEI AGRARPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN STEHT AKTUELL EIN MEHR AN KLIMA-, UMWELT- UND TIERSCHUTZ IM VORDERGRUND. DIE ÖKONOMISCHE BETRACHTUNG KOMMT DABEI IN VIELEN FÄLLEN ZU KURZ. ABER NUR BETRIEBE, DIE WIRTSCHAFTLICH ERFOLGREICH SIND, HABEN EINE ZUKUNFT UND KÖNNEN SICH IN DIESEN BEREICHEN NOCH STÄRKER ENGAGIEREN. DIE POLITIK IST DAHER ANGEHALTEN, SICH FÜR EINEN ATTRAKTIVEN AGRARSTANDORT DEUTSCHLAND EINZUSETZEN. DIE GRUNDLAGE HIERFÜR BILDEN DIE EMPFEHLUNGEN DER ZUKUNFTSKOMMISSION LANDWIRTSCHAFT, DIE AUCH IN DEN AKTUELLEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN BERÜCKSICHTIGUNG FINDEN MÜSSEN.

WORMS, DEN 8. NOVEMBER 2021